

Nr. XIX. GP-NR. 2061/J
1995 -10- 13

ANFRAGE

der Abgeordneten Dipl.-Vw.Dr.Lukesch, Mag. Kukacka
und Kollegen
an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr

betreffend Inseratenkampagne der ÖBB

Seit Anfang Oktober läuft mittels Inseraten in diversen Tageszeitungen und großflächig affichierten Plakaten unter dem Untertitel „Die ÖBB will weiterfahren. Jetzt ist das Land am Zug“ eine großangelegte Unterschriftenaktion der ÖBB. Ein typisches Beispiel eines solchen Inserates aus der Tiroler Tageszeitung vom 6.Oktobe 1995 finden Sie in der Beilage.

Es besteht der Verdacht, daß als Werbeträger für diese Kampagne nur Bürgermeister fungieren, die der SPÖ angehören. Damit bekommt diese Aktion der ÖBB einen eindeutig parteipolitischen Hintergrund.

Das ÖBB-Gesetz 1992 legt eindeutig fest, daß der Bund die Kosten für die Eisenbahninfrastruktur zu tragen hat. § 2 Abs.3 ÖBB-Gesetz normiert, daß die Länder Beiträge für die Bereitstellung oder den Ausbau der Infrastruktur leisten können. Nicht davon erfaßt ist allerdings die Finanzierung des laufenden Betriebes.

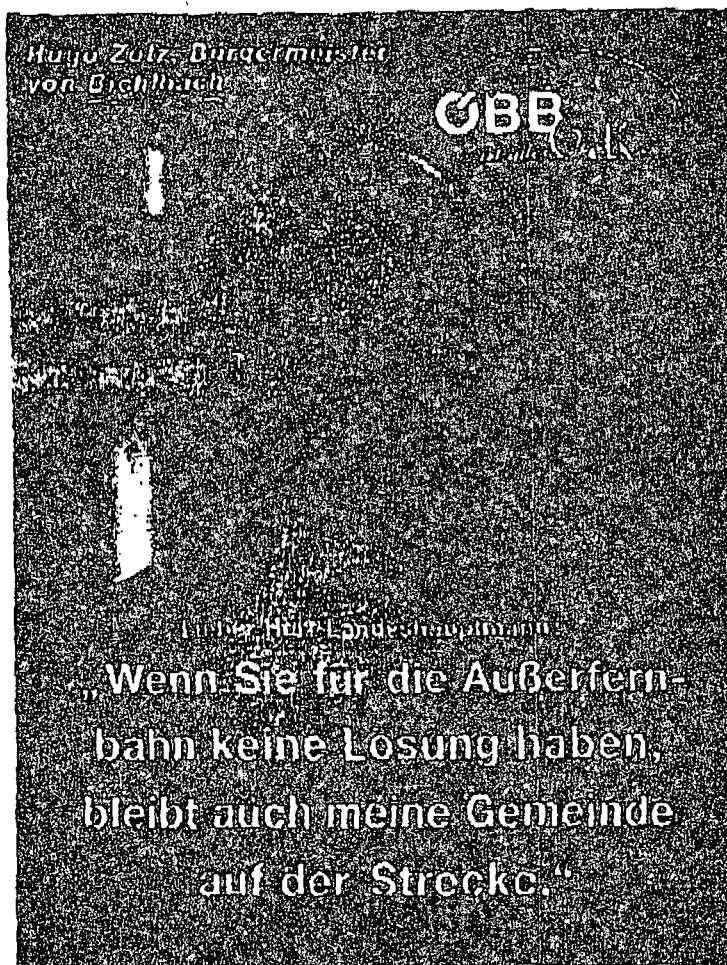
Da diese Inseratenkampagne somit weder von der Intention noch vom Inhalt her und schon gar nicht unter dem Gesichtspunkt der sparsamen und zweckmäßigen Verwendung öffentlicher Mittel zu rechtfertigen ist, richten die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr folgende

Anfrage:

1. Wer hat diese großangelegte Unterschriftenaktion mit Inseraten und Plakaten veranlaßt sowie die einzelnen Inserate und Plakate in Auftrag gegeben?
2. Wann haben Sie persönlich von dieser Kampagne Kenntnis erlangt?
3. Welche Inserate, Plakate und sonstige Werbemittel wurden bzw. werden wann im Zuge dieser Kampagne im Detail eingesetzt und wie hoch sind im einzelnen die dabei anfallenden Kosten?

- 2 -

4. Unterstützt das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr aufgrund seiner verkehrspolitischen Kompetenz diese Kampagne?
5. Wer finanziert diese Kampagne im Detail?
6. Stellt das Bundesministerium für Öffentliche Wirtschaft und Verkehr für diese Kampagne Steuermittel aus dem Budget des Ressorts zur Verfügung?
Wenn ja, wie hoch ist dieser Betrag?
7. Welche Personen beteiligten sich bzw. werden sich noch an dieser Kampagne in jener oder ähnlicher Form wie der Bürgermeister von Bichlbach (siehe Beilage) beteiligen?
8. Können die im Zuge dieser Kampagne öffentlich in Erscheinung tretenden Akteure einer bestimmten politischen Gruppierung zugeordnet werden?
9. Wie viele Unterschriften sind bisher aufgrund dieser Kampagne bei der ÖBB-Generaldirektion eingelangt?
10. Auf welcher gesetzlicher Basis fordert die ÖBB von den Ländern einen Beitrag zur Erhaltung der Infrastruktur?
11. Entspricht diese Kampagne den Intentionen des ÖBB-Gesetzes, laut dem der Bund für die Erhaltung der Infrastruktur zuständig ist?
Wenn nein, wie werden Sie diesen Rechtsbruch abstellen?
12. Werden Sie von Ihrem Weisungsrecht Gebrauch machen und diese Kampagne einstellen lassen, bevor noch mehr öffentliche Mittel verschwendet werden?
Wenn nein, warum nicht?

BEILAGE**Tiroler Tageszeitung vom 6. Oktober 1995****Die ÖBB will weiterfahren. Jetzt ist das Land am Zug.****Bürger für den öffentlichen Nahverkehr!**

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann im Interesse aller Tirolerinnen und Tiroler, insbesondere von tausenden Bahnpendlern und Schülern, fordere ich Sie auf, mit den ÖBB einen Verkehrsdienvstevertrag abzuschließen. Damit soll auch in Zukunft in unserem Bundesland ein attraktives Nahverkehrszangebot sichergestellt werden.

Vorname	Nachname	Adresse	Geb. Dat.	Unterschrift

Senden Sie Ihre Unterschriften an ÖBB - ÖD, Hauptstr. 8000, 1010 Wien. Für den Urteil verantwortlich: ÖBB-Generaldirektion, Abteilung für Öffentlichen Nahverkehr, Tel. 01/ 8700 8000 Seite 9.